

## Allgemein

### Erfolgreiche Integration und politische Instabilität – Die zwei Seiten der EU-Osterweiterung



**Fünf Jahre ist die erste Runde der Osterweiterung der Europäischen Union her, vor zwei Jahren gab es bereits die zweite. Die Neue Zürcher Zeitung kommt am 30.4.2009, gestützt auf eine Studie der ETH Zürich, zum Schluss, dass die EU-Osterweiterung trotz der Unterschiede zwischen den „alten“ und „neuen“ Mitgliedern grundsätzlich erfolgreich verlaufen sei. Die Handlungsfähigkeit des Gemeinschaftsgebildes hätte, so der Artikel, kaum Schaden genommen. Beobachter werten die aktuellen politischen Krisen in der Region, wie z.B. in Ungarn oder in der Tschechischen Republik, als ein Produkt der Wirtschaftskrise.**

Eine Krise, welche auch in den „alten“ Mitgliedstaaten zu politischen Spannungen, zu einer zunehmenden politischen Einflussnahme in die Wirtschaft sowie zu protektionistischen Einstellungen der jeweiligen Regierungen führt. Die neuen EU-Länder werden somit Teil eines Problems, welches durchaus nicht nur in Mittel- und Osteuropa zu finden ist.

Die Wirtschaftskrise ist in der Tat auch in den westlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu spüren und führt zu weitläufigen Verunsicherungen sowohl in der Wirtschaft und in der Politik, als auch in der Gesellschaft. In Mittel- und Osteuropa hat die gegenwärtige Krise jedoch ein viel tiefgreifenderes Problem offen gelegt. Nämlich die seit Jahren existierende mangelnde politische Stabilität, welche durch die Vorteile der EU-Mitgliedschaft bis anhin schwächer zu Tage kam. Bereits 2007 spricht der ungarische Publizist und Zeithistoriker Paul Lendvai von der „stabilisierten Instabilität“ der Region.

Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern vor allem auch für die Politik. Die Länder Mittel- und Osteuropas stehen wirtschaftlich noch vor enormen Transformationen. Transformationen, die von der Politik eingeleitet und „geführt“ werden müssen. Die Politik in der Region, die aufgrund der unabgeschlossenen Transformation, die Führungsrolle in weiten Teilen der Wirtschaft behalten hat, ist jedoch von einer andauernden Orientierungslosigkeit geplagt; eine Orientierungslosigkeit, die sich an Regierungskrisen, öffentlichem Unmut und unbeständigen politischen Reformen zeigt. Der bereits erwähnte Bericht der ETH hat darauf hingedeutet, dass die Krise der tschechischen Regierung während einer EU Ratspräsidentschaft nicht über zu bewerten sei, schließlich sei so etwas auch schon während der Präsidentschaft der „alten“ Mitglieder vorgekommen. Dies mag sicherlich stimmen, die Geschichte im Falle Tschechiens ist jedoch eine längere. Dem Fall der tschechischen Regierung 2009 sind nämlich bereits mehrere gescheiterte Misstrauensvoten und eine 6-monatige Regierungsbildung im Jahre 2007 vorausgegangen, eine Zeit in der Tschechien de facto keine Regierung hatte. Insgesamt scheint keiner der Regierungen der Region, mit wenigen oft zeitlich begrenzten Ausnahmen, wirklich stabil zu sein. Die Konsequenz dieser Instabilität ist eine fluktuative Politik, gerade wenn es um wirtschaftliche Reformen geht.

Ein prominentes Beispiel stellt Ungarn dar. Einst Vorzeigeland der Region ist Ungarn in den letzten Monaten und Jahren durch politische Krisen und wirtschaftliche Probleme unerfreulich aufgefallen. Besonders aber auch durch die unübersichtlichen und oft orientierungslos scheinenden Lösungsversuche der Politik, diese Schwierigkeiten zu meistern. Dies trägt sicherlich Mitschuld daran, dass heute wohl kein Land der Region derart von der Wirtschaftskrise betroffen ist wie Ungarn. Treffend formuliert es die Neue Zürcher Zeitung am 16.05.2009 in ihrem Artikel „Die friedlose Demokratie“: „Ungarn ist schwer in den Strudel der Weltwirtschaftskrise geraten - nun rächen sich politische Versäumnisse der Vergangenheit“.

Eine dieser Versäumnisse scheint die Reform des Gesundheitswesens gewesen zu sein, was im Jahre 2008 zu einem, in der westeuropäischen Presse am stärksten vertretenen, fachpolitischen Reformversuch der letzten Jahre führte und die sozialistisch-liberale Regierung zum Fall brachte. 2007 initiierte die Koalitionsregierung, die bis zu diesem Zeitpunkt am wahrscheinlich tiefgehendsten Reformen im Gesundheitssektor der jungen Demokratie. Unter anderem beinhaltete sie die Schließung von Krankenhäusern, die Einführung einer Praxisgebühr für Patienten sowie die Umwandlung des Versicherungssystems von einem rein staatlichen Versicherungssystem zu einem Mehrversicherersystem unter Einbezug privaten Kapitals. Obwohl das Reformgesetz bereits im Dezember 2007, und aufgrund des Vetos durch den Staatspräsidenten erneut im Februar 2008, vom ungarischen Parlament angenommen wurde, ist die Durchsetzung des Gesetzes nie geschehen.

In März 2008 initiierte die konservative Opposition ein Referendum gegen die Praxisgebühr, und gewann. Die Regierung wurde so gezwungen die Praxisgebühr rückgängig zu machen. Da der Regierungskoalition ein weiteres Referendum zur Frage des Einbezugs privaten Kapitals im Gesundheitssektor drohte, welches die erneute Niederlage der Regierung versprach, entschied sich der Premier die Umwandlung des Versicherungssystems rückgängig zu machen. Dieser Schritt hat nicht nur zur Regierungskrise geführt, die mit dem Austritt der Liberalen aus der Regierungskoalition endete, sondern auch zu der Tatsache, dass die Reform des Gesundheitswesens auf der Strecke blieb.

Neben den weiter existierenden Problemen im Gesundheitswesen, die die Bevölkerung betreffen, führte die fachpolitische Unsicherheit im ungarischen Gesundheitssektor zu einer Planungsunsicherheit für die Investoren, die durch die verabschiedete Gesundheitsreform bereits aktiv geworden sind. Die wirtschaftlichen Probleme der Region und damit die Investitionsrisiken der Länder Mitteleuropas scheinen somit nicht nur die Konsequenz wirtschaftlicher Unberechenbarkeit zu sein. Vielmehr sind sie das Ergebnis einer stark fluktuativen Fachpolitik, die sich auf viele Bereiche der Wirtschaft ausdehnt. Die politische Entwicklung ist damit einer der wichtigsten und – trotz EU-Mitgliedschaft – einer der unberechenbarsten Faktoren in den östlichen EU-Ländern. So muss man sich vor Augen halten, dass der Teufel – trotz erfolgreicher Integration – im Detail steckt. Die Herausforderungen, vor denen die östlichen Mitgliedstaaten stehen, sind enorm. Die Lösungen für diese liegen allerdings nicht in den Händen der EU, sondern in den Händen der Mitgliedstaaten selbst.

Kontakt und Autor:  
szöke & de wijs POLICYCONSULTING  
[www.policy-consulting.com](http://www.policy-consulting.com)